



# Minarett-Gegner sind chancenlos

Mit 129 zu 50 Stimmen empfiehlt der Nationalrat die Anti-Minarett-Initiative zur Ablehnung

RUEDI STUDER, Bern

**Klare Fronten im Nationalrat: Während die SVP, EDU und Lega praktisch geschlossen für die Anti-Minarett-Initiative stimmten, lehnten die anderen Parteien das Begehren ebenso einhellig ab.**

Rund fünf Stunden dauerte gestern im Nationalrat die emotional geführte Debatte über die Anti-Minarett-Initiative der SVP. Interessierter Beobachter war dabei Hisham Maizar (67), der Präsident der Förderung Islamischer Dachorganisationen in der Schweiz (FIDS). Während er auf der Zuschauertribüne sass, kreuzten unter ihm im Saal über 40 Redner die Klängen.

**RELIGIONSFREIHEIT.** Zu hören bekam Maizar dabei nichts Neues. Eine breite Allianz von den Grünen, SP, CVP, FDP, BDP, EVP und Grünliberalen stemmte sich gegen das Begehren: Als wichtigstes Argument wurde die Religionsfreiheit in den Vordergrund gestellt – und dazu gehört eben auch der Bau eines Minaretts.

«Die Glaubensfreiheit ist immer auch die Freiheit des Andersgläubigen», sagte der aus einer Täuferfamilie stammende Baselbieter Eric Nussbaumer (SP). «Dem

Andersgläubigen vorzuschreiben, wie er sein Gotteshaus bauen soll, ist überheblich.» Und Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH) meinte an die Adresse der Initianten gerichtet: «Die Geschichte lehrt uns doch, dass gerade das Ausstossen, das Stigmatisieren von Menschen deren Radikalisierung fördert.»

**ISLAMISIERUNG.** Doch diese hielten unbeirrt an ihrer Auffassung fest: «Unsere Gesellschaft wird tagtäglich aufs Neue islamisiert: In den Schulen werden auf Wunsch muslimischer Eltern Weihnachtsfeiern abgesagt, auf dem Speiseplan von Gefängnissen gibt es kein Schweinefleisch mehr, muslimische

Mädchen werden von Skilagern und vom Schwimmunterricht suspendiert», wettete Jasmin Hutter (SVP, SG) gegen die «Islamisierung», zu welcher auch die Minarette gehörten. Und Lukas Reimann (SVP, SG) schob nach: «Als Bewohner der Stadt Wil, in welcher der Bau eines islamischen Zentrums mit Minarett geplant ist, bitte ich Sie eindringlich, der Volksinitiative zuzustimmen.» Viele Einwohner fühlen sich in ihrer Lebensqualität und Sicherheit bedroht. «Wir wollen in unserer direkten Nachbarschaft keine

Minarette und keine Parallelgesellschaft.»

Bei solchen Pauschalisierungen schüttelte Maizar immer wieder ungläubig den Kopf. «Persönlich macht mich die Diskussion etwas traurig», erklärte er gegenüber der BaZ. «Die Initianten erklären Minarette zum Problem, aber es

wäre redlicher und ehrlicher, wenn sie offen sagen würden, dass sie etwas gegen den Islam und die Muslime haben.» Und weiter: «Für mich wäre eine solche offene Diskussion akzeptabler, als sich hinter dem Minarett zu verstecken.»

**GÜLTIG.** Am Schluss lehnte der Nationalrat die Initiative mit 129 zu 50 Stimmen klar ab. SVP, Lega und EDU stimmten praktisch geschlossen zu – nur sechs SVPlers enthielten sich. Ebenso einhellig war das Nein bei den übrigen Parteien.

Keine Chance hatte der Antrag von Andreas Gross (SP, ZH), die Initiative für ungültig zu erklären: Mit 128 zu 53 Stimmen blitzte er ab. Dass es zu einer Abstimmung kommt, ist auch in Maizars Sinn: «Das ist gar nicht so schlecht, denn es bietet die Chance, über viele Themen offen und ehrlich zu sprechen.»

## Die Initiative löst kein Problem

RUEDI STUDER

Die Minarett-Gegner führen im Nationalrat scharfes Geschütz auf: Sie prangerten die Unterdrückung der Frau durch fundamentalistische

Muslime an. Sie kritisierten Zwangs-ehen. Sie wetteten gegen die Genitalverstümmelung bei Frauen. Sie warn-

ten vor der Scharia, einer schleichen-den Islamisierung und der Entwicklung einer Parallelgesellschaft. Selbst wenn einige dieser Probleme tatsächlich bestehen, läuft die SVP mit ihrem Kreuzzug gegen Minarette ins Leere. Denn welches Problem wird gelöst, indem man Minarette verbietet? Kein einziges.

Anstatt die monierten Probleme konkret anzugehen – beispielsweise über

eine Förderung der Integration oder des religiösen Austausches –, führt die SVP lieber eine Scheindebatte über Minarette. Sie missbraucht das Begehren, um Ängste zu schüren und Stimmung gegen Ausländer – dies sind die Mehrheit der Muslime in der Schweiz – zu machen. Denn auf Fremdenfeindlichkeit ist ein Gutteil des bisherigen SVP-Wahlerfolgs zurückzuführen. ruedi.studer@baz.ch



## namentlich

### Minarett-Initiative

**KLARES NEIN.** Im Nationalrat sagten 129 Politiker Nein und 50 Ja zur Minarett-Initiative. So stimmten die lokalen Räte:

Jean Henri Dunant (SVP, BS)	Enth.
Anita Lachenmeier (Grüne, BS)	Nein
Peter Malama (FDP, BS)	Nein
Rudolf Rechsteiner (SP, BS)	Nein
Silvia Schenker (SP, BS)	Nein
Kathrin Amacker (CVP, BL)	Nein
Caspar Baader (SVP, BL)	Ja
Maya Graf (Grüne, BL)	Nein
Hans Rudolf Gysin (FDP, BL)	Nein
Susanne Leutenegger (SP, BL)	Nein
Christian Miesch (SVP, BL)	Ja
Eric Nussbaumer (SP, BL)	Nein

## Freysingers Studienreise zum Vlaams Belang

Der Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger traf in Belgien den Antiislamisten Filip Dewinter

RUEDI STUDER, Bern

**Auf Einladung der Rechtsausserpartei Vlaams Belang besuchte der Minarett-Gegner Oskar Freysinger im Januar die Stadt Antwerpen.**

Gestern legte sich Oskar Freysinger (SVP, VS) für die Minarett-Initiative ins Zeug. Argumentationsmaterial für seinen Kampf gegen die Islamisierung der Schweiz holte er sich im Januar im belgischen Antwerpen. Die Stadt ist eine Hochburg der flämischen separatistischen Rechtsausserpartei Vlaams Belang (VB) – eine Partei mit rassistischen Tendenzen. Und auf deren Einladung war Freysinger nach Antwerpen gereist. Dort erhielt er quasi Anschauungsunter-

richt: Die Stadt mit einer halben Million Einwohnern zählt etwa zehn Prozent Muslime, vor allem aus Nordafrika.

Die Gettoisierung der Ausländerquartiere ist ein unbestrittenes Problem. «In solchen Gettos ist der Rechtsstaat nicht mehr möglich», sagt Freysinger zur BaZ. Zur Zeit seines Besuchs gab es eine grosse Demonstration gegen den Gazakrieg, mit vielen muslimischen Teilnehmern: «Das jüdische Viertel musste geschützt werden. Ich habe noch nie so viele Polizisten auf einem Haufen gesehen», so Freysinger.

**«KEIN PROBLEM.»** Auf seiner Reise traf Freysinger auch mit dem umstrittenen VB-Politiker Filip Dewinter zusammen,

der vor einem Jahr die «Europäische Städteallianz gegen Islamisierung» mitbegründet hat. Diese verlangt etwa den Vermerk der Religion in jedem Reisepass und die Sammlung von Fingerabdrücken von «Personen mit islamischem Hintergrund».

Den Kontakt zwischen Freysinger und dem VB hatte der flämische Journalist Paul Beliën hergestellt, der über den Walliser berichtet hatte und der mit einer VB-Parlamentarierin verheiratet ist. Berührungsängste zur Flamen-Partei hat Freysinger keine: «Solange die Partei den Rechtsstaat nicht infrage stellt, habe ich kein Problem.» Kontakt habe er heute aber keinen mehr zum VB.